

**L23****AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sozialverträgliche Sanierung und Standardanhebung für Neubauten**

1 Der Gebäudesektor muss in den nächsten zehn  
 2 Jahren fast 45% seiner Treibhausgasemissionen  
 3 einsparen, um die Klimaneutralität bis 2045 zu  
 4 erreichen. Mit kleinen Anpassungen sind die  
 5 Ziele des Gebäudesektors für 2030 und 2050  
 6 nicht zu erreichen.

7 Gemäß dem Bundesministerium für Wirtschaft  
 8 und Klimaschutz (BMWK) ist der Gebäudesek-  
 9 tor für rund ein Drittel der deutschen Treib-  
 10 hausgasemissionen verantwortlich. Im Gebäu-  
 11 debereich kam es laut dem BMWK 2021 zu ei-  
 12 ner Emissionsminderung von knapp 4 Mio. Ton-  
 13 nen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (minus 3,3 Prozent) auf  
 14 rund 115 Mio. Tonnen. Trotz dieser Emissionsmin-  
 15 derung überschreitet der Gebäudesektor, wie  
 16 auch bereits im Vorjahr, laut BMWK, die erlaub-  
 17 te Jahresemissionsmenge gemäß dem Bundes-  
 18 Klimaschutzgesetz, die bei 113 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-  
 19 Äquivalenten liegt.

20 Gerade der Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt  
 21 auf traurige Weise, wie wichtig es ist, den  
 22 Energieverbrauch zu reduzieren. Zudem brau-  
 23 chen wir einen Wandel zu nachhaltigen, re-  
 24 gionalen und erneuerbaren Energieträgern im  
 25 Bausektor. Deshalb fordern wir beispielswei-  
 26 se neben einer sozialverträglichen Gebäudes-  
 27 anierung, Mindeststandards für die energetisch  
 28 schlechteste Bestandsgebäude und eine Anhe-  
 29 bung der Standards für Neubauten.

30

31 Außerdem fordern wir:

32

### 33 **1. Erhöhung des Fördervolumens für Bau und Sa-** 34 **nierung**

35 Die Ziele bis 2045 für den Klimaschutz in dem  
 36 Bereich des Gebäudesektors müssen erreicht  
 37 werden! Daher fordern wir eine Ermittlung der  
 38 dafür notwendigen Finanzmittel, die zur tat-  
 39 sächlichen Umsetzung und Erreichung der Zie-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Gebäudesektor muss in den nächsten zehn  
 Jahren fast 45% seiner Treibhausgasemissionen  
 einsparen, um die Klimaneutralität bis 2045 zu  
 erreichen. Mit kleinen Anpassungen sind die  
 Ziele des Gebäudesektors für 2030 und 2050  
 nicht zu erreichen. **Gleichzeitig müssen mit den**

**zu erwartenden Hitzeperioden Gebäude auch**  
**dahingehend angepasst werden – möglichst oh-**  
**ne hohen Stromverbrauch durch Klimaanlage.**

Gemäß dem Bundesministerium für Wirtschaft  
 und Klimaschutz (BMWK) ist der Gebäudesek-  
 tor für rund ein Drittel der deutschen Treib-  
 hausgasemissionen verantwortlich. Im Gebäu-  
 debereich kam es laut dem BMWK 2021 zu ei-  
 ner Emissionsminderung von knapp 4 Mio. Ton-  
 nen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (minus 3,3 Prozent) auf  
 rund 115 Mio. Tonnen. Trotz dieser Emissionsmin-  
 derung überschreitet der Gebäudesektor, wie  
 auch bereits im Vorjahr, laut BMWK, die erlaub-  
 te Jahresemissionsmenge gemäß dem Bundes-  
 Klimaschutzgesetz, die bei 113 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-  
 Äquivalenten liegt.

Gerade der Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt  
 auf traurige Weise, wie wichtig es ist, den  
 Energieverbrauch zu reduzieren. Zudem brau-  
 chen wir einen Wandel zu nachhaltigen, re-  
 gionalen und erneuerbaren Energieträgern im  
 Bausektor. Deshalb fordern wir beispielswei-  
 se neben einer sozialverträglichen Gebäudes-  
 anierung, Mindeststandards für die energetisch  
 schlechteste Bestandsgebäude und eine Anhe-  
 bung der Standards für Neubauten.

Außerdem fordern wir:

### **1. Erhöhung des Fördervolumens für Bau und Sa-** **nierung**

Die Ziele bis 2045 für den Klimaschutz in dem  
 Bereich des Gebäudesektors müssen erreicht

40 le notwendig sind. Auf Grundlage dieser Erhe-  
 41 bung sollen über den Bundeshaushalt jährlich  
 42 entsprechende Fördermittel zur Verfügung ge-  
 43 stellt werden.

44

## 45 **2. Förderung für die Verwendung nachwachsen-** 46 **der Rohstoffe bei Neubauten**

47 Es müssen regionale und nachwachsende Roh-  
 48 stoffe für den Bau neuer Gebäude verwendet  
 49 werden! Neubauten, welche für den Gebäude-  
 50 kern, die Fassade und die Dämmung nachwach-  
 51 sende, regionale Rohstoffe verwenden, müssen  
 52 besonders unterstützt und gefördert werden.  
 53 Für öffentliche Bauvorhaben sollten möglichst  
 54 ressourcen- und energieeffiziente Bauunterneh-  
 55 men bevorzugt werden.

56

## 57 **3. Mindeststandards für die energetisch** 58 **schlechtesten Bestandsgebäude einführen**

59 Insgesamt muss die Quote der Sanierung von  
 60 Bestandsbauten auf mindestens 2% erhöht wer-  
 61 den. Es ist notwendig, dass für Bestandsge-  
 62 bäude Mindesteffizienzklassen eingeführt wer-  
 63 den. Diese müssen zu festgesetzten Stichtagen  
 64 erfüllt, schrittweise verschärf und angepasst  
 65 werden. Damit sozialverträgliche Gebäudesan-  
 66 nierungen und Kostenverteilungen ermöglicht  
 67 werden können, müssen auch hier haushalt-  
 68 rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden.

69

## 70 **4. Klimafreundliche Gebäude mit bezahlbaren** 71 **Mieten**

72 Die durch die **Gebäudesanierung** erfolgende Er-  
 73 höhung der Mieten muss durch Fördermit-  
 74 tel, besonders in angespannten Wohnungsmärkten,  
 75 abgefangen werden. Hierfür gilt es,  
 76 die Amortisierungszeit der Sanierungsmaßnahmen  
 77 in Verhandlungen mit Eigentümer\*innen  
 78 mit einzuberechnen. Wohnungsbaugesellschaften  
 79 sollten hier zuerst in die Pflicht genommen  
 80 werden.

81

82

83

84

85

werden! Daher fordern wir eine Ermittlung der  
 dafür notwendigen Finanzmittel, die zur tat-  
 sächlichen Umsetzung und Erreichung der Zie-  
 le notwendig sind. Auf Grundlage dieser Erhe-  
 bung sollen über den Bundeshaushalt jährlich  
 entsprechende Fördermittel zur Verfügung ge-  
 stellt werden.

## **2. Förderung für die Verwendung nachwachsen-** **der Rohstoffe bei Neubauten**

Es müssen regionale und nachwachsende Roh-  
 stoffe für den Bau neuer Gebäude verwen-  
 det werden! Neubauten, welche für den Ge-  
 bäudekern, die Fassade und die Dämmung  
 nachwachsende, regionale **und hitzekompa-**  
**tible** Rohstoffe verwenden, müssen besonders  
 unterstützt und gefördert werden. Für öffentli-  
 che Bauvorhaben sollten möglichst ressourcen-  
 und energieeffiziente Bauunternehmen bevor-  
 zugt werden.

## **3. Mindeststandards für die energetisch** **schlechtesten Bestandsgebäude einführen**

Insgesamt muss die Quote der Sanierung von  
 Bestandsbauten auf mindestens 2% erhöht wer-  
 den. Es ist notwendig, dass für Bestandsge-  
 bäude Mindesteffizienzklassen eingeführt wer-  
 den. Diese müssen zu festgesetzten Stichtagen  
 erfüllt, schrittweise verschärf und angepasst  
 werden. Damit sozialverträgliche Gebäudesan-  
 nierungen und Kostenverteilungen ermöglicht  
 werden können, müssen auch hier haushalt-  
 rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden.

## **4. Klimafreundliche Gebäude mit bezahlbaren** **Mieten**

Die durch die **Gebäude- und Hitzesanierung**  
 erfolgende Erhöhung der Mieten muss durch  
 Fördermittel, besonders in angespannten Woh-  
 nungsmärkten, abgefangen werden. Hierfür gilt  
 es, die Amortisierungszeit der Sanierungsmaß-  
 nahmen in Verhandlungen mit Eigentümer\*in-  
 nen mit einzuberechnen. Wohnungsbaugesell-  
 schaften sollten hier zuerst in die Pflicht genom-  
 men werden. **Sanierungen dürfen nicht zu stei-**  
**genden Mieten führen bzw. dürfen die Kosten**

86

| nicht auf Mieter\*innen fallen.